



**Neuer Paternalismus und individuelle
Rationalität: eine ordnungsökonomische
Perspektive**

Jan Schnellenbach

14/08

Freiburger **Diskussionspapiere**
zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussionpapers**
on Constitutional Economics

Instituts für allgemeine Wirtschaftsforschung
**Abteilung Wirtschaftspolitik und
Ordnungsökonomik**

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Neuer Paternalismus und individuelle Rationalität: eine ordnungsökonomische Perspektive**

erscheint in:

List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik (Sonderheft zur Tagung 2014 des
Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik)

*Jan Schnellenbach**

Walter Eucken Institut, Freiburg i. Br. und

Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Zusammenfassung: In den letzten Jahren hat sich ein breiter Literaturstrang etabliert, der neue Formen paternalistischer Interventionen vorschlägt, um individuelle Entscheidungen zu verbessern, die nicht vollständig rational sind. Die Motivation hierfür liegt in zahlreichen Verhaltensanomalien und anderen Abweichungen vom Modell vollständiger Rationalität, die von der empirischen Verhaltensökonomik identifiziert wurden. Der neue Paternalismus zeichnet sich nach seinen Befürwortern dadurch aus, dass er 'libertär' ist, da die betroffenen Individuen in die als effizient erachtete Richtung geschubst, aber nicht gezwungen werden. Die Möglichkeit zu abweichendem Verhalten soll grundsätzlich erhalten bleiben. In diesem Papier wird der neue Paternalismus aus einer ordnungsökonomischen Perspektive untersucht. Es wird gezeigt, dass wichtige Varianten des neuen Paternalismus mit den ordnungsökonomischen Steuerungsidealen der Konsumentensouveränität und der Bürgersouveränität kollidieren.

Stichworte: Paternalismus; Ordnungsökonomik; Verhaltensökonomik; Rationalitätsdefizite.

JEL-Klassifikation: D04; D18; D63; H11; I31; Z18.

** Das vorliegende Papier ist die Ausarbeitung von zwei Vorträgen, die am 12. März 2014 bei der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik in Rotterdam, sowie am 7. November 2013, ebenfalls an der Erasmus-Universität Rotterdam, bei einer Konferenz anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an CASS R. SUNSTEIN gehalten wurden.

* Walter Eucken Institut, Goethestr. 10, D-79100 Freiburg i. Br., schnellenbach@eucken.de

I. Einleitung

Die empirische Verhaltensökonomik hat den Blick der Ökonomen auf menschliches Handeln stark verändert.¹ Der *homo oeconomicus* in seiner strikten Variante, die lange die mikroökonomischen Lehrbücher und auch die Fachzeitschriften prägte, wird zunehmend infrage gestellt. Insbesondere hat die Verhaltensökonomik die Hoffnung platzen lassen, individuelle Fehler seien mehr oder weniger zufällig um die jeweils vollständig rationale Entscheidung verteilt, so dass das Modell strikter Rationalität zumindest im Durchschnitt zuverlässig korrekte Prognosen liefert. Empirisch beobachtbare Abweichungen von diesem Maßstab sind nicht zufällig, sondern sie erscheinen in Form von systematischen Verzerrungen in die eine oder andere Richtung – jedenfalls solange man im Laborversuch einzelne Abweichungen isoliert untersuchen kann.

Ausgehend von dieser Diagnose stellt sich nun zunehmend die Frage, welche Implikationen für wirtschaftspolitische Eingriffe die verhaltensökonomische Forschung hat. Ein einflussreicher Strang der jüngeren Literatur versteht systematische Abweichungen vom Maßstab der vollständigen Rationalität als defizitär und fordert von der Wirtschaftspolitik, korrigierend einzugreifen.² Hier wird, wenn auch in einigen Beiträgen nur implizit, das empirisch gerade erst diskreditierte Konzept der strikten Rationalität bei vollständiger Information als normativer Maßstab gewählt. Die aus der wohlfahrtsökonomischen Begründung staatlicher Intervention wohlbekannten, vielfältigen Marktversagenstatbestände werden um neue Tatbestände des Rationalitätsversagens³ ergänzt, die neue Formen staatlicher Eingriffe begründen sollen.

Bereits an dieser Stelle erscheint es sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass die weitere Argumentation eine Ähnlichkeit zwischen dem wohlfahrtsökonomischen Marktversagen und dem verhaltensökonomischen Rationalitätsversagen herausarbeiten wird: So wie vollständige, statische Allokationseffizienz auf realen Märkten kaum jemals zu beobachten sein wird, so wird man bei realen Individuen auch immer wieder irgendwelche Abweichungen vom

¹ Einen ausführlichen ideengeschichtlichen Überblick bietet HEUKELOM (2014).

² Repräsentative Beispiele hierfür sind CAMERER ET AL. (2003), O'DONOGHUE/RABIN (2006), THALER/SUNSTEIN (2008), BENARTZI/THALER (2013) und SUNSTEIN (2013).

³ SUNSTEIN (2013) verwendet stattdessen den Ausdruck *behavioral market failure*. Da jedoch SUGDEN (2004, 2008) gezeigt hat, dass Märkte auch bei inkohärenten individuellen Präferenzen funktionieren, erscheint mir der Begriff des Rationalitätsversagens hier präziser.

Maßstab perfekter Rationalität beobachten. Im Begriff des Rationalitätsversagens schwingt also immer auch die *nirvana fallacy* von DEMSETZ mit,⁴ die in einem Vergleich der Realität mit einem utopischen Maßstab besteht, den die Realität immer verlieren muss. Gerade vor diesem Hintergrund wird es dann aber interessant sein, auszuloten, inwieweit das von Verhaltensökonomen diagnostizierte Rationalitätsversagen unter empirisch relevanten Bedingungen tatsächlich einen Rechtfertigungsgrund für korrigierende Interventionen darstellen kann.

Die traditionelle Marktversagenslehre stieß mit der Renaissance der Politischen Ökonomik auf zunehmende Kritik: Wenn Märkte das theoretisch denkbare Wohlfahrtsmaximum verfehlen, dann folgt daraus noch nicht, dass staatliche Akteure in der Lage oder auch nur willens sind, effiziente Korrekturen von Marktergebnissen herbeizuführen.⁵ Dies führte sodann die Vertreter verfassungsökonomischer Ansätze dazu, kritisch abzuwägen, inwieweit eine Ausstattung des Staates mit Kompetenzen zur Erhöhung ökonomischer Effizienz sinnvoll ist, wenn diese Kompetenzen in der Praxis immer auch in eigennütziger und letztlich ineffizienter Weise genutzt werden können.⁶ Inwieweit die Förderung individueller Rationalität eine sinnvolle Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein sollte, wurde vor diesem Hintergrund aber bisher noch nicht ausführlich diskutiert.

In diesem Papier soll daher aus einer ordnungsökonomischen Perspektive gefragt werden, ob und in welchem Umfang eine verhaltensökonomisch begründete Politik zur Korrektur individueller Rationalitätsdefizite aus Sicht der Bürger zustimmungsfähig sein könnte. Hierzu wird in Abschnitt II zunächst an einigen Beispielen illustriert, wie typische Abweichungen vom Modell strikter Rationalität aussehen. In Abschnitt III wird der neue Paternalismus als Strategie zur Kompensation von Rationalitätsdefiziten vorgestellt. Abschnitt IV enthält eine kurze Zusammenfassung der ordnungsökonomischen Kriterien, die zur Beurteilung des neuen Paternalismus herangezogen werden. In Abschnitt V wird schließlich überprüft, ob und inwieweit paternalistische Politik für die Bürger grundsätzlich zustimmungsfähig sein könnte. Abschließend folgt in Abschnitt VI ein skeptisches Fazit.

⁴ Vgl. DEMSETZ (1969).

⁵ Vgl. etwa die auf TULLOCK (1967) zurückgehende Literatur zum *rent-seeking*.

⁶ Vgl. etwa BUCHANAN (1975), BRENNAN/BUCHANAN (1985) sowie VANBERG (2005).

II. Rationalitätsversagen

Die Existenz von Verhaltensanomalien, also des Abweichens beobachteten Verhaltens von dem, was bei vollständiger Rationalität eigentlich zu erwarten wäre, wird bereits seit Jahrzehnten in der Ökonomik diskutiert. So hat etwa ALLAIS bereits 1953 eine Wahlentscheidung zwischen Lotterien konstruiert, bei der die im Experiment befragten Entscheider überwiegend gegen das Unabhängigkeitsaxiom verstoßen. Damit sind ihre Präferenzen aber nicht mehr durch eine von Neumann-Morgenstern-Nutzenfunktion abbildbar; die Individuen maximieren also nicht ihren Erwartungsnutzen.⁷ Derartige Entscheidungen unter Risiko und Unsicherheit, bei denen Individuen systematisch von der Maximierung ihres Erwartungsnutzens abweichen, standen dann für eine längere Zeit im Zentrum des Interesses bei der Aufdeckung von Verhaltensanomalien, insbesondere im Rahmen der frühen experimentellen Wirtschaftsforschung.⁸

Zwar folgten immer wieder Versuche, auf der Grundlage der empirischen Beobachtungen zum Modell der Maximierung des Erwartungsnutzens alternative erklärende Ansätze zu formulieren, welche das tatsächliche Entscheidungsverhalten besser prognostizieren sollten.⁹ Angesichts der hohen Zahl und Heterogenität der inzwischen aufgedeckten weiteren Abweichungen vom Standardmodell rationalen Handelns, die nur noch zu einem Teil auf Entscheidungen unter Risiko beschränkt sind, fehlt aber bisher ein neues, einheitliches Verhaltensmodell. Daher ist es auch nicht überraschend, dass das alte Konzept vollständiger Rationalität weiterhin als theoretische Schablone zur Analyse empirisch beobachteten Verhaltens dient. Dies gilt aber nicht nur für die positive Analyse, sondern auch für die normative Bewertung. Einige Beispiele können dies veranschaulichen.

Individuen haben ein erhebliches Problem damit, Wahrscheinlichkeiten korrekt einzuschätzen und zu bewerten. So nutzen sie beispielsweise die sogenannte *availability heuristic*, welche sie dazu führt, solche Risiken besonders stark zu gewichten, die ihnen etwa durch direkte Beobachtung oder auch nur durch Gespräche über diese Risiken gerade besonders präsent

⁷ Vgl. BINMORE (2009), S. 43f. Besonders interessant ist hierbei, dass selbst Leonard Savage, der das Unabhängigkeitsaxiom formulierte, gegen sein eigenes Axiom verstieß, vgl. KIRCHGÄSSNER (2008), S. 204.

⁸ Vgl. CAMERER/LOEWENSTEIN (2003).

⁹ Ein prominentes Beispiel ist die *prospect theory*, siehe KAHNEMAN/TVERSKY (1979).

sind.¹⁰ Da Risikovermeidung in der Regel Ressourcen beansprucht, führt dies oft zu einer Fehlallokation: Eigentlich relativ wenig dramatische Risiken werden vermieden, während schwerwiegendere Risiken, die den Betroffenen gerade nicht präsent sind, vernachlässigt werden. Nimmt man nun noch das Motiv der Vermeidung kognitiver Dissonanzen hinzu, so kann es sein, dass Risiken bewusst heruntergespielt werden. Wer etwa einen gefährlichen Beruf ausübt, der neigt oft dazu, die damit verbundenen Risiken zu leugnen, was ihn aber wiederum dazu führt, zu wenig in die Vermeidung der Gefahr zu investieren.¹¹ Eng damit verbunden und empirisch ebenfalls gut dokumentiert ist die als *optimism bias* bezeichnete Neigung, die eigenen Problemlösungskapazitäten zu überschätzen.¹²

Selbst wenn die Individuen es schafften, konsistent eine Erwartungsnutzenfunktion zu maximieren (woraan sie, wie oben gesehen, tatsächlich regelmäßig scheitern), so würden sie also immer noch darunter leiden, dass ihre Funktion meist subjektiv verzerrte Parameter enthielte. Aber auch wenn es gar kein Risiko zu berücksichtigen gibt, sind Menschen oft nicht vollständig rational. Unsere Entscheidungen im realen Zeitablauf sind oft nicht aus einer konsistenten intertemporalen Nutzenfunktion ableitbar. Wir stellen also z.B. nicht einen rationalen Konsumplan für die Zukunft auf und arbeiten diesen dann ab, sondern verhalten uns stattdessen zeitinkonsistent und weichen immer wieder von unseren ursprünglichen Plänen ab. Eine Ursache hierfür wird im hyperbolischen Diskontieren gesehen: Wenn wir die unmittelbare Zukunft stark diskontieren, während der Diskontierungsparameter für die fernere Zukunft geringer und konstant ist, dann haben wir zu jedem Zeitpunkt einen Anreiz, den Nutzen der Gegenwart höher zu gewichten und von unseren eigentlichen langfristigen Plänen abzuweichen.¹³ Ein solches Verhalten erscheint dem Beobachter dann als Selbstkontrollproblem, denn die Betroffenen scheitern immer wieder daran, ihre langfristigen Ziele konsequent zu verfolgen.

Schließlich spielen auch sogenannte *Framing*-Effekte eine wichtige Rolle. Diese liegen dann vor, wenn eine Entscheidungssituation, die objektiv unverändert bleibt, zu unterschiedlichem Verhalten führt, je nachdem wie diese Situation dem Entscheidungsträger präsentiert wird. Der Rahmen der Entscheidung beeinflusst also das Verhalten, wo im strikten Rationalmodell

¹⁰ Vgl. TVERSKY/KAHNEMAN (1974).

¹¹ Vgl. AKERLOF/DICKENS (1982).

¹² Vgl. SLOVIC (2000).

¹³ Vgl. LAIBSON (1997).

nur die objektiven Bedingungen eine Rolle spielen sollten.¹⁴ Ein Arzt, der in einem Beratungsgespräch besonders herausstellt, dass ein Medikament 90% aller Behandelten hilft, wird bei seinen Patienten andere Reaktionen hervorrufen als einer, der besonders betont, dass 10% aller Behandelten unter schweren Nebenwirkungen leiden. Ein wichtiges praktisches Problem bei *Framing*-Effekten besteht daher in der Manipulierbarkeit des Entscheidungsträgers bei einer nicht zufälligen, sondern gezielten Gestaltung des Entscheidungsrahmens.

Die Liste der hier bisher aufgeführten Abweichungen von strikter individueller Rationalität dient der Illustration und ist alles andere als vollständig.¹⁵ Solche Abweichungen werden in der jüngeren Literatur auch interpretiert als Konflikte zwischen einem ‘System 1’ und einem ‘System 2’, die sich den Platz im menschlichen Gehirn teilen.¹⁶ Während demnach das erste System für schnelle Bauchentscheidungen zuständig ist und auch die schnelle Befriedigung von Wünschen fordert, arbeitet das zweite System langsam, strategisch, gründlich und weit vorausschauend. Damit ist auch der argumentative Rahmen gesetzt für den Konflikt zwischen impulsivem und rationalem Handeln, die mit dem (in der Regel nur implizit vorausgesetzten und nicht explizit begründeten) Werturteil kombiniert wird, dass dem ‘System 2’ der Vorzug zu geben sei.¹⁷

III. Paternalismus als Kompensation von Rationalitätsversagen

In der etablierten Marktversagenstheorie sind externe Effekte ein wichtiger Grund zur Legitimierung von staatlichen Eingriffen. Dies ist vor allem deshalb kaum zu bestreiten, weil insbesondere negative externe Effekte nicht nur zu einer Fehlallokation von Ressourcen führen, sondern auch zu einer nicht immer als fair empfundenen Umverteilung von Wohlfahrt weg von den negativ Betroffenen und hin zum Verursacher. Zwar stehen in der akademischen Debatte die Effizienzaspekte im Mittelpunkt, in der politischen Debatte hingegen kommt es regelmäßig vor allem auf die Verteilungswirkungen an. Wenn nun etwa aufgrund von Freifahrerverhalten bei einer großen Zahl von Beteiligten keine dezentrale Lösung zustande

¹⁴ Vgl. TVERSKY/KAHNEMANN (1981).

¹⁵ Siehe KAHNEMAN/TVERSKY (2000), THALER/SUNSTEIN (2008) sowie SUNSTEIN (2013) für eine weit vollständigere und ausführlichere Darstellung solcher Anomalien.

¹⁶ Vgl. KAHNEMAN (2011) und SUNSTEIN (2013).

¹⁷ Dies ist allerdings nicht unbedingt zwingend. So argumentiert etwa GIGERENZER (2008), dass intuitive und auf einfachen Heuristiken gegründete Entscheidungen oft zu besseren Ergebnissen führen als ‘System 2’-Entscheidungen.

kommen kann, erscheint ein staatlicher Eingriff, der nicht nur das Niveau der problematischen Aktivität senkt, sondern vielleicht auch noch Kompensationszahlungen vom Verursacher an die Betroffenen sicherstellt, nicht nur als effizient, sondern vielen Bürgern auch als fair. Im Fall eines individuellen Rationalitätsversagens können solche Externalitäten und die mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Konflikte aber gerade nicht als Grund für ein öffentliches Eingreifen herhalten. Hier geht es vielmehr um Internalitäten.¹⁸ Diese liegen dann vor, wenn eine Entscheidung, die ich heute treffe, negative Auswirkungen auf mein Wohlbefinden, meine Wohlfahrt, meine Kapazität zur Einkommenserzielung o.ä. in der Zukunft haben.

Der alte, strikt rationale *homo oeconomicus* hat mit solchen Internalitäten keinerlei Probleme. Zwar kann auch er sich durch heutige Entscheidungen für die Zukunft schaden oder einschränken, aber er berücksichtigt diese zukünftigen Effekte zu jedem Zeitpunkt vollständig mit ihrem korrekten Erwartungswert. Weder hat er mit verzerrten Risikoeinschätzungen zu kämpfen, noch mit einer zeitinkonsistenten Präferenzordnung. Erst durch die oben skizzierten Verhaltensanomalien werden Internalitäten zu einem Problem – wenn auch nur zu einem individuellen Problem. Wenn es Verteilungskonflikte gibt, so werden sie zwischen dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Selbst eines Individuums ausgetragen. Ein wirtschaftspolitischer Eingriff zur Regulierung von Internalitäten kann sich daher allenfalls auf ein Effizienzargument berufen, während es keinerlei Hilfestellung bei der Lösung inter-individueller Verteilungskonflikte bedarf. Insoweit sind Eingriffe zur Behebung von Rationalitätsdefiziten tatsächlich paternalistisch: Sie erfolgen, um den Betroffenen zu einer Entscheidung zu bewegen, von der man vermutet, dass sie eher in seinem Sinne ist als die Entscheidung, die er selbst ohne weitere Beeinflussung treffen würde.¹⁹

Genau dies ist auch die Intention der verhaltensökonomisch motivierten Befürworter einer paternalistischen Politik, die allerdings in unterschiedlichen Varianten diskutiert wird. Auf der einen Seite gibt es Befürworter eher klassisch-paternalistischer Interventionen, die beispielsweise die Einführung von ‘Sündensteuern’ befürworten, um Konsumenten den Umgang mit Selbstkontrollproblemen zu erleichtern und sie über relative Preiseffekte zu einem geringeren Konsum problematischer Güter zu bewegen.²⁰ Auf der anderen Seite stehen Ansätze des ‘libertären’²¹, ‘asymmetrischen’²² oder ‘weichen’²³ Paternalismus, die im

¹⁸ Vgl. ursprünglich bereits HERRNSTEIN ET AL. (1993).

¹⁹ Vgl. zur Definition von Paternalismus DWORKIN (2010).

²⁰ Vgl. z.B. O’DONOGHUE/RABIN (2006).

²¹ Vgl. THALER/SUNSTEIN (2008).

folgenden der Einfachheit halber alle als *neuer Paternalismus* bezeichnet werden sollen. Ihre Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie versuchen, eine effiziente paternalistische Intervention soweit wie möglich mit dem scheinbar widersprüchlichen Ziel einer größtmöglichen Bewahrung individueller Autonomie zu versöhnen.

Die Bewahrung der individuellen Autonomie soll gewährleistet werden, indem keine expliziten Ver- und Gebote erlassen werden, sondern vor allem *Framing*-Effekte gezielt ausgenutzt werden. Der paternalistische Planer versucht, die Entscheidungssituation gezielt so zu gestalten, dass die Individuen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von sich aus diejenige Alternative wählen, die aus Sicht des Planers die höchste Wohlfahrt verspricht. Gleichzeitig können sich aber Individuen, die starke abweichende Präferenzen haben, ohne weitere Konsequenzen über dieses Entscheidungsdesign hinwegsetzen und eine von ihnen präferierte, andere Entscheidung treffen. Ein einfaches Beispiel ist die vertragliche Selbstverpflichtung von Angestellten, einen Anteil zukünftiger Gehaltserhöhungen für ihre Altersvorsorge zu nutzen.²⁴ Dies führt zu höheren Sparquoten als in einer Kontrollgruppe von Angestellten, die diese Selbstverpflichtung nicht eingegangen sind, obwohl die teilnehmenden Angestellten ihrerseits den Vertrag jederzeit kündigen könnten, ohne dass weitere Kosten entstehen.

Es ist also allein die Änderung des zukünftigen Entscheidungsrahmens – für den Umgang mit Gehaltserhöhungen wird eine neue Standard-Verhaltensweise gesetzt – die eine signifikante Änderung des Verhaltens bewirkt und scheinbar das Selbstkontrollproblem in der Altersvorsorge abmildert. In diesem Fall gelingt das außerdem durch eine sehr transparente Veränderung der Entscheidungssituation: Die betroffenen Angestellten müssen sich ausdrücklich für den milden Selbstbindungsmechanismus zur Überwindung des hyperbolischen Diskontierens entscheiden und können auch jederzeit aussteigen. Dies ist aber nicht bei jeder Anwendung des neuen Paternalismus der Fall. Zu einiger Bekanntheit hat es inzwischen das Cafeteria-Beispiel gebracht.²⁵ Hier lautet der Vorschlag, in einer Cafeteria die gesunden Lebensmittel prominent, die ungesunden Lebensmittel aber versteckt zu platzieren. Wer unbedingt Schokoriegel essen möchte, wird die Kosten der Suche auf sich nehmen. Wer

²² Vgl. CAMERER ET AL. (2003).

²³ Der Begriff wurde von GLAESER (2006) geprägt, er steht dem Konzept allerdings sehr kritisch gegenüber.

²⁴ Vgl. THALER/BENARTZI (2004). Zahlreiche weitere Beispiele finden sich in THALER/SUNSTEIN (2008).

²⁵ Vgl. THALER/SUNSTEIN (2003).

aber nur milde Präferenzen hat, wird durch das Design der Entscheidungssituation in Richtung des Gemüses geschubst (*'nudge'*) und erhält so eine sanfte Hilfestellung zur Lösung seines kulinarischen Selbstkontrollproblems.²⁶ Allerdings funktioniert diese Entscheidungsarchitektur offensichtlich nur, wenn sie nicht transparent ist.

Die Tatsache, dass immer noch solche relativ kuriosen Beispiele zur Illustration des neuen Paternalismus herangezogen werden, zeigt, dass bisher die konkreten Anwendungsfälle noch eher überschaubar sind.²⁷ Gleichzeitig haben aber in den vergangenen Jahren Regierungen etwa in Großbritannien und den Niederlanden verhaltensökonomische Beratergruppen berufen, und auch SUNSTEIN selbst arbeitete für einige Jahre als Berater der Obama-Administration mit dem Auftrag, verhaltensökonomisch fundierte Vorschläge zur Reform der Regulierungspolitik auf verschiedenen Gebieten zu unterbreiten.²⁸ Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass die praktische Relevanz des neuen Paternalismus eher zu- als abnimmt. Umso wichtiger ist die Diskussion der Frage, wie er aus einer ordnungsökonomischen Sicht zu beurteilen ist.

IV. Ordnungsökonomische Kriterien zur Beurteilung des neuen Paternalismus

Der Anspruch daran, was eine ordnungsökonomische Analyse leisten sollte, hat sich seit den gegen Ende der 1980er Jahre einsetzenden Methodenstreitigkeiten in der deutschen Volkswirtschaftslehre stark geändert.²⁹ Neben der Kritik, dass sie über keine Theorie des wirtschaftspolitischen Prozesses und seiner Institutionen verfügte und daher schlicht auf die persönlichen Fähigkeiten guter Politiker hoffte, erscheint rückblickend insbesondere auch der an die damalige Ordnungsökonomik gerichtete Vorwurf der *'Kryptonormativität'*³⁰ plausibel. Hierunter versteht KIRCHGÄSSNER die Verschleierung von Werturteilen in nur scheinbar positiven Argumenten, etwa wenn ein wirtschaftspolitischer Vorschlag als ungeeignet abgelehnt wird, der Grund für die Ablehnung aber schlicht in einer Unvereinbarkeit mit den

²⁶ In eine ähnliche Richtung geht die umstrittene Entscheidung des früheren Bürgermeisters von New York, MICHAEL BLOOMBERG, in seiner letzten Amtszeit den Verkauf großer Becher zuckerhaltiger Limonaden zu verbieten. Besonders durstige Konsumenten werden nicht daran gehindert, sich zwei oder drei kleinere Becher zu kaufen, aber dies setzt jetzt eine bewusstere Entscheidung und etwas zusätzlichen Aufwand voraus.

²⁷ Vgl. auch KIRCHGÄSSNER (2013).

²⁸ Vgl. SUNSTEIN (2013a).

²⁹ Vgl. hierzu und zu den folgenden Überlegungen vor allem FELD/KÖHLER (2011).

³⁰ Vgl. für beide Vorwürfe KIRCHGÄSSNER (1988).

Präferenzen des jeweiligen Autors zu finden ist. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Präferenzen und Bewertungsmaßstäbe nicht transparent gemacht, oder oft ohne weitere Begründung dogmatisch aus den Schriften ideengeschichtlicher Autoritäten abgeleitet werden.

Ein ordnungsökonomischer Ansatz, der diese Probleme vermeidet, knüpft dagegen an zentrale Konzepte der Verfassungsökonomik an.³¹ Das wesentliche Kriterium zur Beurteilung von institutionellen Regeln ist demnach ihre Zustimmungsfähigkeit unter den betroffenen Bürgern. Aus der vertragstheoretischen Perspektive der Verfassungsökonomik geht es dann darum, konsensfähige konstitutionelle Interessen zu identifizieren, also eine Regelordnung oder Änderungen von Regelordnungen vorzuschlagen, die für die Bürger allgemein zustimmungsfähig sind.³² Damit respektiert der ordnungsökonomische Ansatz wie die Verfassungsökonomik das Prinzip des normativen Individualismus, welches die Bürger selbst als einzig relevante Träger von Werturteilen und Präferenzen ansieht, von denen die Legitimation aller gesellschaftlichen Ordnungen ausgehen muss.³³

Akzeptiert man diese Ausgangspunkte, so besteht die Aufgabe der Ordnungsökonomik in der Formulierung hypothetischer Imperative und gerade nicht in der Formulierung (krypto-)normativer Aussagen.³⁴ Die angewandte Ordnungsökonomik wird zu einer beratenden Wissenschaft, welche die Bürger darüber aufklärt, welche Regelordnungen sinnvoll sind, um bestimmte Ziele zu erreichen. Die Entscheidung über die Ziele selbst liegt aber bei den Bürgern, nicht bei den Ökonomen. Beispiele dafür, wie man konkretere Vorschläge für die Gestaltung von Regelordnungen ableiten kann, sind die Steuerungsideale der Konsumenten- und der Bürgersouveränität.³⁵ Konsumentensouveränität bedeutet, dass die Rahmenbedingungen des Marktes möglichst so gestaltet werden sollten, dass das Angebot auf die Präferenzen der Konsumenten reagieren muss. Der Grund hierfür ist, dass Konsumenteninteressen verallgemeinerbar sind – jeder findet sich häufig in der Rolle des

³¹ Vgl. VANBERG (1997), dessen Argumente unmittelbar an die Kritik von KIRCHGÄSSNER anknüpfen.

³² BUCHANAN (1987) versteht daher *politics as exchange*, sieht also ebenfalls die freiwillige Übereinkunft von Bürgern als zentrales Kriterium für die Legitimität von Regelordnungen. Der “Tausch” besteht hier in der gegenseitigen Verpflichtung, eine Regelordnung zu achten, die insgesamt zum gegenseitigen Vorteil ist – auch wenn möglicherweise nicht jede einzelne Handlung innerhalb der Regelordnung allen Beteiligten Vorteile bringt.

³³ Vgl. BRENNAN/BUCHANAN (1985), S. 25.

³⁴ Vgl. VANBERG (2005), S. 26.

³⁵ Vgl. VANBERG (2003).

Konsumenten wieder – während Sonderinteressen von Produzenten, die sich beispielsweise einen Schutz vor Wettbewerb wünschen, dies nicht sind; sie gehen vielmehr zulasten anderer Individuen.

Ähnlich argumentiert VIKTOR VANBERG, dass man ausgehend vom kontrakttheoretischen Ansatz politische Gemeinwesen als Bürgergenossenschaften verstehen kann, in denen sich Bürger organisieren, um durch kollektives Handeln gegenseitige Vorteile zu erzielen. Wenn dies aber der Fall ist, wenn also die aus dem normativen Individualismus folgende Idee der *politics as exchange* in die Praxis umgesetzt werden soll, dann bedeutet dies, dass reale politische Entscheidungsprozesse möglichst weitgehend die Präferenzen der Bürger berücksichtigen und auf diese reagieren sollten. Dies spiegelt sich im zweiten Steuerungsideal der Bürgersouveränität.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass eine moderne ordnungsökonomische Analyse von dem – transparent gemachten – liberalen Werturteil ausgeht, dass die Zustimmungsfähigkeit für die Bürger das relevante Kriterium zur Beurteilung ordnungspolitischer Vorschläge ist. Die Ordnungsökonomik versucht daher, verallgemeinerbare konstitutionelle Interessen der Bürger zu identifizieren und Vorschläge für institutionelle Regelungen zu machen, die bei der Durchsetzung solcher Interessen hilfreich sind. Das bedeutet auf der anderen Seite aber nicht, dass man aus ordnungsökonomischer Sicht jede durch Mehrheitsbeschluss getroffene Entscheidung unkritisch zu akzeptieren hat, weil formal dem Steuerungsideal der Bürgersouveränität entsprochen wurde. Entscheidet sich beispielsweise eine große Mehrheit per direkt-demokratischem Beschluss für eine Reform der Regelordnung, tut sie dies aber erkennbar auf der Grundlage einer falschen Einschätzung der Nebenwirkungen dieser Reform, so würde die “Bringschuld des Ordnungsökonomien”³⁶ in einer Aufklärung über die tatsächlich zu erwartenden Nebenwirkungen bestehen. Dieser Hinweis ist im Rahmen dieses Papiers wichtig, weil gelegentlich von der Ubiquität formal demokratisch legitimierter paternalistischer Maßnahmen auf deren Wünschbarkeit geschlossen wird.³⁷ Eine solche Schlussfolgerung vernachlässigt aber die von der Neuen Politischen Ökonomie aufgedeckten vielfältigen Probleme realer politischer Prozesse, die zu ineffizienten politischen

³⁶ Frei formuliert nach HERBERT GIERSCH. Zum Zusammenspiel von konstitutionellen Interessen und Theorien siehe auch VANBERG/BUCHANAN (1989).

³⁷ Siehe etwa KIRCHGÄSSNER (2013).

Gleichgewichten führen können, und insbesondere auch zu solchen, die den Interessen von Mehrheiten entgegen gesetzt sind.³⁸

V. Bedient der neue Paternalismus verallgemeinerbare konstitutionelle Interessen?

Wenn gegen die Kritiker des neuen Paternalismus das Argument ins Feld geführt wird, dass Paternalismus bereits allgegenwärtig und eine Welt ohne paternalistische Politik nicht denkbar sei, so ist damit nicht nur das eben angesprochene Problem verbunden, dass vom Sein nicht ohne weiteres auf das Sollen zu schließen ist. Ein weiteres wesentliches Problem besteht darin, dass der neue Paternalismus sich teils wesentlich vom tatsächlich allgegenwärtigen klassischen Paternalismus unterscheidet. Die Frage ist also hier nicht, ob überhaupt eine paternalistische Politik verallgemeinerbare konstitutionelle Interessen bedienen kann, sondern ob dies für den besonderen Fall des neuen Paternalismus gilt.

1. Transparenz als spezifisches Probleme des neuen Paternalismus

Das vorsichtige Anschubsen des neuen Paternalismus, auch in der deutschen Diskussion oft *nudging* genannt, wird von seinen Befürwortern vor allem deshalb als besonders effiziente Methode zur Kompensation von Rationalitätsdefiziten verstanden, weil es den betroffenen Individuen *prima facie* eine erhebliche Autonomie lässt. Dies ist zum Teil tatsächlich der Fall. Betrachtet man etwa den oben bereits erwähnten Vertragsmechanismus zur Vermeidung des Aufschiebens der Altersvorsorge bei hyperbolischem Diskontieren,³⁹ so sieht man einen Mechanismus, der vollständig transparent ist. Arbeitnehmer, die bei sich selbst eine problematische Neigung zum Aufschieben entdeckt haben, können sich frei entscheiden, dieses Instrument zu nutzen – andere können es lassen. Ein Ausstieg ist jederzeit zu geringen Kosten möglich. Insofern gibt die angebotene Vertragskonstruktion den Individuen vor allem ein neues Instrument an die Hand, das ihren autonomen Handlungsspielraum erweitert, sie aber keinesfalls manipuliert. Es wird zwar eine zusätzliche Information bereitgestellt, nämlich die, dass es gesellschaftlich erwünscht ist, aktiv Altersvorsorge zu betreiben. Wie sich die Individuen dazu verhalten, bleibt aber ihnen überlassen.

³⁸ Zu den besonderen politisch-ökonomischen Problemen paternalistischer Maßnahmen vgl. SCHNELLENBACH (2012).

³⁹ Vgl. THALER/BENARTZI (2004).

Man kann allerdings fragen, inwieweit ein solches Instrument unter Zuhilfenahme staatlichen Handelns bereitgestellt werden sollte. Offensichtlich handelt es sich um ein rein privates Gut, das technisch problemlos von Anbietern betrieblicher oder privater Altersvorsorge bereitgestellt werden kann. Tatsächlich haben THALER und BENARTZI ihren Mechanismus als Handelsmarke schützen lassen und ihn unternehmerisch vermarktet. Ähnliches hat der in Yale lehrende Ökonom IAN AYRES mit einer Internetplattform getan,⁴⁰ auf der man bindende Verträge mit sich selbst abschließen und sich Kontrollmechanismen unterwerfen kann, um innerhalb eines bestimmten Zeitraums ein Selbstkontrollproblem etwa durch einen Gewichtsverlust oder durch Nikotinabstinenz zu lösen. Dieser Zweig des neuen Paternalismus zeigt also, wie der Markt selbst endogen Lösungen zum Umgang mit Rationalitätsversagen hervorbringt. Da wir es hier mit einem Zuwachs an Konsumentensouveränität zu tun haben, spricht nichts gegen ihren Einsatz. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil die Lösungen zumindest zu einem gewissen Grad individuell maßgeschneidert sind.⁴¹

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Beispiele für Ansätze des neuen Paternalismus, welche die individuelle Autonomie weit weniger, oder nur pro forma, respektieren. Das viel diskutierte und ebenfalls bereits oben angesprochene Cafeteria-Beispiel kann dies illustrieren. Hier handelt es sich tatsächlich um eine subtile Verhaltensmanipulation durch eine gezielt konstruierte Entscheidungsarchitektur, die nur funktionieren kann, wenn sie intransparent erfolgt. Wäre am Eingang der Cafeteria ein Schild mit der Aufschrift 'Die Schokoriegel sind irgendwo in den Regalen versteckt' angebracht, so würde die Wirkung vermutlich schnell verpuffen oder sogar ins Gegenteil kippen, falls die Gäste Spaß an einer kurzen Suche nach den ungesunden Lebensmitteln entwickeln. Natürlich ist das Cafeteria-Beispiel relativ harmlos, jedoch sind zahlreiche weitere *nudges* von dem Problem betroffen, nur dann gut zu funktionieren, wenn die Betroffenen die gezielte Veränderung der Entscheidungsarchitektur nicht wahrnehmen.

Ein vielleicht weniger harmloses Beispiel ist die Einführung der Widerspruchslösung in der Organspende, die jeden Bürger zum Organspender macht, der nicht ausdrücklich widerspricht. Zwar wäre ein Systemwechsel von der Zustimmung- zur Widerspruchslösung in einer Übergangsphase, in der die Regeländerung politisch debattiert wird, sicher

⁴⁰ <http://www.stickK.com/>

⁴¹ Dies wird auch von SUNSTEIN (2013), S. 1869 gesehen, der sein Konzept des libertären Paternalismus keinesfalls als rein (oder vor allem) staatliche Aufgabe sieht, sondern ebenfalls dem Markt zutraut, Ansätze zur Abmilderung von Rationalitätsdefiziten zu entwickeln.

transparent. In der langen Frist allerdings schwindet die Aufmerksamkeit, Angehörige späterer Generationen, die von diesen Debatten nichts mehr mitbekommen haben, sind sich des institutionellen Arrangements weit weniger bewusst und werden dann mit höherer Wahrscheinlichkeit ohne Widerspruch zum Organspender, selbst wenn sie dies nach gründlichem Nachdenken eigentlich gar nicht wollten. Möglich wäre hier allenfalls die Lösung, eine *sunset legislation* anzuwenden und so dafür zu sorgen, dass das Thema in regelmäßigen Abständen wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte wird.

Eine wichtige Implikation dieser Beispiele ist, dass von einem individuellen Handeln, das der Intention des paternalistischen Planers entspricht, niemals sicher oder auch nur mit hoher Wahrscheinlichkeit auf ein Einverständnis des Betroffenen mit der paternalistischen Entscheidungsarchitektur geschlossen werden kann. Die widerspruchslose Manipulation individueller Entscheidungen zeigt nur, dass die gezielte und manipulative Ausnutzung der diagnostizierten Rationalitätsdefizite durch den paternalistischen Planer erfolgreich war. Ob ein Betroffener dem paternalistischen Einsatz von *Framing*-Effekten zugestimmt hätte, wenn man ihn *ex ante* darüber informiert hätte, ist dagegen eine ganz andere Frage.⁴² Damit wird es aber auch zweifelhaft, ob und wie gesichert werden kann, dass libertäre Paternalisten tatsächlich Paternalismus im eigentlichen Sinne betreiben, also im Sinne ihrer Schutzbefohlenen handeln und nicht einfach durch subtile Manipulationstechniken ihre eigenen Präferenzen durchsetzen.⁴³

Ein Vorschlag in dieser Richtung ist das sogenannte *publicity principle*,⁴⁴ welches fordert, nur solche Entscheidungsarchitekturen zu implementieren, die, falls sie aufgedeckt werden, gegenüber der Öffentlichkeit plausibel verteidigt werden könnten. Es handelt sich hier also um ein hypothetisches Zustimmungskriterium, denn niemand kann *ex ante* genau abschätzen, wie die Öffentlichkeit letztendlich *ex post* eine verdeckte paternalistische Maßnahme einschätzen würde. In seiner schwächsten Form bedeutete dieses Prinzip schlicht, dass jede paternalistische Politik legitim wäre, zu deren Rationalisierung *ex post* man sich ein leidlich kohärentes Narrativ ausdenken kann. Dies erscheint allerdings nicht besonders überzeugend.

Tatsächlich ist auch bei SUNSTEIN (2013) vom *publicity principle* keine Rede mehr. Hier wird stattdessen argumentiert, dass libertärer Paternalismus möglichst so eingreifen sollte, dass die

⁴² Vgl. auch WILKINSON (2013).

⁴³ Vgl. SCHNELLENBACH (2011).

⁴⁴ Vgl. THALER/SUNSTEIN (2008), S. 244.

Autonomie der Entscheidungsträger gewahrt bleibt. Dies geschieht, indem so weit wie möglich die Ziele der Individuen respektiert werden und die paternalistische Politik darauf fokussiert wird, bessere Mittel zum Erreichen dieser Ziele bereitzustellen. Hier besteht das Problem dann weniger in einer theoretischen Abgrenzung zwischen legitimem und illegitimem Paternalismus, als in der Frage, wie dies in der Praxis operationalisiert und vor allem institutionell abgesichert wird: Kann man eine Exekutive, die allgemein mit der Nutzung intransparenter paternalistischer Maßnahmen beauftragt wird, in der Praxis soweit kontrollieren, dass sie nur einen akzeptablen Gebrauch von dieser Kompetenz macht?⁴⁵ Da diese Frage bisher nicht beantwortet oder auch nur ausführlich diskutiert wurde, bleibt zu diesem Zeitpunkt nur zu konstatieren, dass der neue Paternalismus, wenn er intransparent und politisch angewandt wird, individuelle Autonomie einzuschränken und den Machtbereich der Exekutive auszuweiten droht,⁴⁶ und zwar ohne adäquate politische Kontrollmechanismen bereitzustellen.

2. Hat der neue Paternalismus tatsächlich eine Antwort auf Rationalitätsversagen?

Selbst wenn man das gerade angesprochene politisch-ökonomische Kontrollproblem, welches beim neuen Paternalismus schwerwiegender ist als bei klassischem Paternalismus, einmal außen vor lässt, ist es keineswegs klar, dass der neue Paternalismus Lösungen für die von der Verhaltensökonomik diagnostizierten Rationalitätsdefizite liefern kann. Auf der einen Seite steht hier der Anspruch, die Präferenzen der den paternalistischen Maßnahmen ausgesetzten Individuen zu respektieren und ihnen nur dabei zu helfen, ihren eigenen Präferenzen entsprechend zu handeln.⁴⁷ Auf der anderen Seite stehen aber die verhaltensökonomischen Diagnosen, welche die Existenz von widerspruchsfreien und stabilen Präferenzordnungen überzeugend infrage stellen.⁴⁸ Der Ausweg der Befürworter paternalistischer Politik besteht darin, eine Rekonstruktion der Präferenzen der betroffenen Individuen vorzuschlagen, und zwar unter der Bedingung, dass diese vollständig informiert sind, unbegrenzte kognitive Kapazitäten haben und nicht unter Selbstkontrollproblemen leiden.⁴⁹ Es bleibt allerdings völlig offen, wie ein sicherer Weg vom beobachteten Verhalten von Individuen, die nicht

⁴⁵ Dies führt GLAESER (2006) dazu, eine Präferenz für klassischen anstelle von neuem Paternalismus zu äußern, da klassischer Paternalismus (man denke an die Alkohol-Prohibition in den USA in den 1920er Jahren) sichtbar, spürbar und Stein des Anstoßes für politische Auseinandersetzungen ist.

⁴⁶ Siehe auch GRÜNE-YANOFF (2012).

⁴⁷ Vgl. SUNSTEIN/THALER (2003), SUNSTEIN (2013).

⁴⁸ Siehe die Diskussion in Abschnitt II dieses Papiers.

⁴⁹ Vgl. SUNSTEIN/THALER (2003), S. 1162.

vollständig informiert sind, begrenzte kognitive Kapazitäten haben und unter Selbstkontrollproblemen leiden zu diesen rekonstruierten Idealpräferenzen zu finden sein könnte.⁵⁰

Ein Beispiel: Ein Freizeitsportler kündigt im September an, dass er im kommenden April den Düsseldorf-Marathon in einer Zeit unter drei Stunden laufen möchte. In den folgenden Herbst- und Wintermonaten ist das Trainingswetter im Bergischen Land charakteristisch schlecht und die Qualität der örtlichen Currywurstbude hält sich auf konstant hohem Niveau. Aufgrund dieser vorhersehbaren, aber für den Läufer doch widrigen Umstände benötigt er für den Marathon schließlich mehr als vier Stunden und zeigt sich enttäuscht über seine Leistung. Man kann diese Geschichte auf zumindest drei Arten interpretieren:

- als *Selbstkontrollproblem*. Die puritanische Rekonstruktion der wahren Präferenzen des Marathonläufers legt ein hohes Gewicht auf seine *ex ante* geäußerte langfristige Präferenz und sieht die Ursache für sein Scheitern in wiederkehrender, sündhafter Pflichtvergessenheit, die durch hyperbolisches Diskontieren modelliert werden könnte. Ein *nudge* sollte daher hin zu intensiverem Training und weg von der Currywurstbude erfolgen.
- als Auswirkung des *optimism bias*. Die rheinländische Rekonstruktion der wahren Präferenzen stellt fest, dass der Marathonläufer von Anfang an seine eigenen sportlichen Fähigkeiten zu optimistisch eingeschätzt hat. Der *nudge* sollte ihn veranlassen, sich weniger unrealistische Ziele zu setzen, denn am Ende kommt es sowieso wie es kommt, und bis dahin kann er etwas für seine Wohlfahrt tun, indem er noch ein oder zwei Mettbrötchen isst.
- als Ergebnis von *expressiver Präferenzbildung*.⁵¹ Die dritte Rekonstruktion schließlich vermutet, dass das ursprüngliche Ziel relativ leichtfertig ohne genaue Kenntnis der zu erwartenden Kosten formuliert wurde und vor allem das Ziel hatte, den Freundeskreis zu beeindrucken. Erst im Laufe des Trainings wurde dem Marathonläufer bewusst, wie hart und aufwändig die Vorbereitung auf einen schnellen Lauf tatsächlich ist. Im Ziel gibt er sich zwar nach außen hin zerknirscht über seine schlechte Zeit, tatsächlich aber war die Anpassung der Trainingsintensität nach unten eine völlig rationale Reaktion darauf, dass die Kosten des Trainings höher waren als ursprünglich

⁵⁰ Siehe allgemein zu dieser Kritik bereits GRÜNE-YANOFF (2012), S. 462-464, sowie ausführlich REBONATO (2012), Kapitel 6.

⁵¹ Vgl. SCHNELLENBACH (2012), S. 270-271.

vermutet. Die kurzfristigen Präferenzen waren rational, die langfristigen Präferenzen hingegen nicht. Ein sinnvoller *nudge* könnte allenfalls darin bestehen, den Läufer zukünftig rechtzeitig über die Beschwerden zu informieren, die mit seinen Plänen verbunden sind und ihm zu raten, nicht mehr so leichtfertig große Ziele zu formulieren.

Wie man ein – möglicherweise nur scheinbares – Rationalitätsversagen interpretiert hängt also wesentlich davon ab, welche Prädispositionen man als paternalistischer Planer mitbringt. Die Rekonstruktion “wahrer” Präferenzen durch andere Personen als dem betroffenen Individuum selbst ähnelt einem Puzzle, das auf verschiedene Arten zu unterschiedlichen vollständigen Bildern zusammengesetzt werden kann.⁵² Die Befürworter paternalistischer Lösungen scheinen bisher, etwas überspitzt formuliert, überwiegend dem calvinistisch-puritanischen Erklärungsmuster anzuhängen, aber zwingend ist dies keineswegs. Denn unterschiedliche Verhaltensanomalien beeinflussen das Verhalten mit unterschiedlichen Vorzeichen und sind von Individuum zu Individuum jeweils unterschiedlich stark. Diese Heterogenität spiegelt sich aber bisher nicht in den paternalistischen Empfehlungen wider, die stattdessen einfache und zeitgeistige Maximen, wie etwa ‘Iss gesünder!’, ‘Treibe mehr Sport!’, ‘Spare mehr!’, recht holzschnittartig und ohne Rücksicht auf individuelle Idiosynkrasien umsetzen.⁵³

Aus der Diagnose von allgegenwärtigen Abweichungen vom Modell strikter Rationalität folgt bisher nicht, dass eine paternalistische Politik Mechanismen bereitstellen könnte, welche die Individuen zielgerichtet zu besseren, ihrer eigenen Wohlfahrt zuträglicheren Entscheidungen führen würden. Hierfür fehlen schlicht das notwendige Wissen,⁵⁴ das im Fall von intra-individuellen Konflikten vermutlich besonders schwierig bei einem politischen Entscheidungsträger zu zentralisieren ist, sowie operationalisierbare Wohlfahrtskonzepte.⁵⁵ Eine fehlgeleitete paternalistische Politik kann auch zu erheblich negativen Effekten führen. Wird z.B. unserem am *optimism bias* leidenden Marathonläufer fälschlicherweise paternalistisch suggeriert, er könne sein Ziel erreichen, wenn er nur genug Selbstdisziplin

⁵² Insofern hilft es auch nicht, wenn man auf der Überlegenheit langfristiger gegenüber kurzfristigen Präferenzen besteht. Sobald man die Vielzahl möglicher Rationalitätsdefizite in Rechnung stellt, ist diese Überlegenheit überhaupt nicht mehr gesichert.

⁵³ Vgl. auch SCHNELLENBACH (2011).

⁵⁴ Vgl. auch REBONATO (2012) sowie MCKENZIE/TULLOCK (2012), Kapitel 25.

⁵⁵ Siehe SUGDEN (2008) sowie QIZILBASH (2012).

aufbringe, so würde dies langfristig zu erheblicher Frustration und damit wohl auch zu deutlich negativen Wohlfahrtseffekten führen.

Zwar ist es theoretisch auch denkbar, paternalistische Mechanismen so einzusetzen, dass die Frustration, die aus dem Erlernen "irrationaler" Präferenzen folgt, vermieden wird. So argumentieren SCHUBERT/CORDES (2013), dass man das Erlernen von langfristig das Wohlbefinden mindernden Statuspräferenzen, die sich aus der Orientierung an unrealistischen Vorbildern ergeben, durch paternalistische Intervention vermeiden könnte. Allerdings sind, zumindest wenn intransparente Mechanismen genutzt werden, mit der Erteilung der politischen Kompetenz zur Formung von Präferenzen wiederum erhebliche Gefahren der Manipulation verbunden.⁵⁶ Allgemein stellt sich bei einer auf Veränderung von Präferenzen ausgerichteten paternalistischen Intervention die Frage, inwieweit hier tatsächlich noch die Persönlichkeit der Betroffenen respektiert wird. Von einem reinen Mittel-Paternalismus, der die Ziele der Betroffenen akzeptiert, kann dann jedenfalls kaum noch die Rede sein.

3. Neuer Paternalismus als politisches Instrument?

Vor dem Hintergrund der bisherigen Diskussion fällt es schwer, verallgemeinerbare konstitutionelle Interessen zu sehen, welche als Grundlage für den Einsatz des neuen Paternalismus in der praktischen Wirtschaftspolitik dienen könnten. Im Gegenteil: Gerade auch aus rechtswissenschaftlicher Sicht werden Zweifel geäußert, ob aus der Vielfalt empirisch diagnostizierter Verzerrungen und Anomalien in individuellen Entscheidungen überhaupt nennenswerte Schlussfolgerungen für allgemeine Regeln gezogen werden können, die in Gesetzesform gegossen eine rationalitätsfördernde Wirkung hätten.⁵⁷ Wenn über Internalitäten diskutiert wird, so geht es, wie bereits oben besprochen,⁵⁸ um persönliche Konflikte zwischen verschiedenen Elementen einer individuellen Präferenzordnung. Es geht um sehr individuelle *trade-offs*, auf denen je nach persönlichen Randbedingungen viele unterschiedliche, akzeptable Kompromisse gefunden werden können.

Daher ist schon die Grundintention des neuen Paternalismus, Individuen ohne kohärente und stabile Präferenzordnung dazu zu bringen, so zu handeln, als hätten sie eine solche, fragwürdig, denn sie erhebt ein empirisch gescheitertes Konzept zum normativen Maßstab –

⁵⁶ Vgl. BINDER (2014).

⁵⁷ Vgl. z.B. LEISTNER (2011).

⁵⁸ Vgl. Abschnitt III dieses Papiers.

und zwar ohne überzeugende Begründung. Der Versuch, aus krummem Holz mittels einer paternalistischen Politik etwas Gerades zu zimmern, erscheint aber nüchtern betrachtet gar nicht besonders dringlich. Denn der Markt als Werkzeug, das hilft, die Konsumwünsche der Individuen zu befriedigen, funktioniert auch ohne kohärente und stabile Präferenzen.⁵⁹ Konsumentensouveränität ist mit nur sehr geringen Anforderungen an individuelle Rationalität verbunden.

Der souveräne Konsument kann auch, jedenfalls bis zu einem gewissen Grad, die Balance zwischen seinem 'System 1' und 'System 2' für sich selbst bestimmen, indem er hierzu vom Markt angebotene Instrumente nutzt,⁶⁰ oder indem er aus Fehlern lernt und seine zukünftigen Entscheidungen entsprechend korrigiert, oder sich angewöhnt, individuellen Regeln zu folgen, die für ihn selbst problematische Entscheidungen vermeiden helfen.⁶¹ Es soll also auch gar nicht geleugnet werden, dass es je nach konkreter Fragestellung individuell sinnvoll sein kann, langfristige, reflexive Präferenzen zu bilden, die kurzfristige Präferenzen dominieren. Zweifelhaft ist aber, ob der Anwendungsbereich besonders groß ist, in dem es klug und effizient ist, auf relativ grobe kollektive Selbstbindungsmechanismen zurückzugreifen, wenn doch oft auch die Möglichkeit zu individueller Selbstbindung vorhanden ist.

Vor allem intransparente *nudges* tragen außerdem kaum dazu bei, dem Steuerungsideal der Bürgersouveränität zum Durchbruch zu verhelfen. Hier besteht die Gefahr, dass ohne eine vorhergehende ausführliche und öffentliche Deliberation die Exekutive versucht, ihre eigenen Wertvorstellungen durchzusetzen. Dies wäre das Gegenteil einer politischen Ordnung, die auf die Präferenzen der Bürger und deren Veränderung reagiert. Wiederum kann als Beispiel die bereits oben angesprochene Organspende dienen. Zweifellos besteht hier das Problem einer erheblichen Knappheit verfügbarer Organe und damit verbunden die Frage nach einer fairen Allokation. Eine plausible Möglichkeit, darauf zu reagieren, ist die Installation eines auf Reziprozität aufbauenden Allokationsmechanismus:⁶² Grundsätzlich hat als Kranker nur jemand einen Anspruch auf ein Organ, wer als Gesunder bereits seinerseits seine Bereitschaft zur Spende erklärt hat. Gespendete Organe werden zu einem Clubgut, zu dem Zugang hat, wer rechtzeitig Mitglied geworden ist.

⁵⁹ Vgl. SUGDEN (2004).

⁶⁰ Vgl. Abschnitt V.1 dieses Papiers.

⁶¹ Vgl. z.B. VANBERG (2008).

⁶² Vgl. BLANKART (2002).

Dieser Vorschlag führt zu einem einfachen und transparenten System, das jedermann die Möglichkeit gibt, ohne manipuliert zu werden über die schwierige persönliche Frage nachzudenken, ob er Organspender werden möchte oder nicht. Einen anderen Weg geht das *Behavioral Insights Team*, das die britische Regierung mit verhaltensökonomischen Methoden berät.⁶³ Hier wird getestet, welche Entscheidungsrahmen mit unterschiedlichen emotionalen Ansprachen und graphischen Illustrationen die meisten Bürger zur Registrierung als Organspender bewegen. Um das Ziel der Regierung, eine Erhöhung der Zahl der Spenderorgane,⁶⁴ zu erreichen, werden die Bürger gerade nicht – wie im auf Reziprozität setzenden Ansatz von BLANKART – als souveräne Individuen behandelt, die zu einer informierten und durchdachten individuellen Entscheidungen kommen sollen, sondern es wird untersucht, wie man durch einen Appell an emotionale Affekte möglichst viele Bürger in die von der Exekutiven gewünschte Richtung lenkt.⁶⁵

Aus einer ordnungsökonomischen Sicht, welche die Steuerungsideale der Konsumenten- und Bürgersouveränität als Bewertungsmaßstäbe für Regelordnungen ins Zentrum rückt, spricht daher einiges für Regeln, die intransparente und manipulative *nudges* so vollständig wie möglich aus dem politischen Instrumentenkasten entfernen. Im Zweifel scheint aus einer ordnungsökonomischen Sicht tatsächlich klassischer Paternalismus, der transparent ist und oft auch zu kontroversen politischen Debatten führt, aus denselben Gründen dem sogenannten libertären Paternalismus oft noch vorzuziehen zu sein.⁶⁶

VI. Fazit

Der neue Paternalismus ist aus einer ordnungsökonomischen Sicht mit erheblicher Skepsis zu beurteilen. Durch den Ansatz der gezielten Gestaltung von Entscheidungssituationen, deren Intentionen für die Betroffenen oft intransparent sind, ist der neue Paternalismus mit einer erheblichen Gefahr manipulativer Missbräuche verbunden. Die Steuerungsideale der Bürger- und Konsumentensouveränität werden systematisch unterlaufen. Entgegen den Beteuerungen

⁶³ Vgl. BEHAVIORAL INSIGHTS TEAM (2013).

⁶⁴ Ein Ziel, über dem natürlich das übergeordnete Ziel steht, die Zahl der geretteten Leben zu erhöhen.

⁶⁵ Fairerweise sollte man anmerken, dass dieses Vorgehen der britischen Regierungsökonomien vor dem Hintergrund von THALER/SUNSTEIN (2008) sowie von SUNSTEIN (2013) wohl auch von den Erfindern des *nudging* nicht für akzeptabel gehalten würde. Es zeigt aber, wie schnell sich eine Idee mit ursprünglich begrenztem Anwendungsbereich politisch verselbständigt.

⁶⁶ Siehe auch GLAESER (2006).

der akademischen Befürworter des neuen Paternalismus ist nicht klar, wie eine über effiziente Hilfestellungen hinausgehende, die Autonomie der Bürger missachtende Anwendung libertär-paternalistischer Instrumente in der Praxis verhindert werden kann, wenn die Entscheidung für die grundsätzliche Zulässigkeit dieser Instrumente einmal getroffen ist.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Diagnose von Verhaltensanomalien und Rationalitätsdefiziten durch die empirische Verhaltensökonomik überhaupt gute Gründe für Interventionen auf der politischen Ebene bietet, mit dem Ziel, die Bürger zu einem Handeln zu bewegen als ob sie doch vollständig rational wären. Die Umdeutung des empirisch diskreditierten Modells strikter Rationalität zu einem normativen Ideal ist jedenfalls bisher von ihren Befürwortern nicht hinreichend begründet worden.

Ein wesentliches Problem zahlreicher (aber nicht aller) Ansätze zum neuen Paternalismus scheint darin zu bestehen, dass sie an die Politik gerichtet sind. Viele vorgeschlagene Mechanismen und Instrumente könnten durchaus sinnvoll eingesetzt werden im Rahmen von freiwilligen, transparenten Marktlösungen, als Mittel zur individuellen Selbstbindung, oder auch in Gruppen von Individuen, die sich freiwillig bilden, um mit erkannten Rationalitätsdefiziten umzugehen. Anders gesagt: Wären die Adressaten dieser Ansätze souveräne Bürger und Konsumenten und nicht fiktive, benevolente Paternalisten, so wären sie überzeugender.

Schließlich soll nochmals ein ausdrücklicher Hinweis auf den Anwendungsbereich der Diskussion in diesem Papier erfolgen: Es ging um die Sinnhaftigkeit der paternalistischen Regulierung intra-individueller Probleme, die sich aus Abweichungen vom Ideal vollständiger Rationalität ergeben können. Diskutiert man Sachverhalte, bei denen es aufgrund von verbreiteten individuellen Rationalitätsdefiziten zu massiven, negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten kommt, dann sind natürlich andere Abwägungen nötig. Ein Beispiel könnten etwa Herdenverhalten und Blasenbildung auf Finanzmärkten sein, oder auch die Belastung sozialer Sicherungssysteme aufgrund verbreiteter zu geringer Investitionen in die private Altersvorsorge. Aber auch hier würde dann die zentrale Frage lauten: Sind relativ intransparente *nudges* für den Bürger mit entscheidenden Vorteilen gegenüber herkömmlichen und transparenten regulierenden Eingriffen verbunden?

Literaturverzeichnis

- AKERLOF, G.A./DICKENS, W.T. (1982): The Economic Consequences of Cognitive Dissonance, in: American Economic Review 72, S. 307-319.
- BEHAVIORAL INSIGHTS TEAM (2013): Organ Donor Registrations: Trialling Different Approaches. Arbeitspapier, <https://www.gov.uk/government/publications/organ-donor-registrations-trialling-different-approaches>.
- BENARTZI, S./THALER, R.H. (2013): Behavioral Economics and the Retirement Savings Crisis, in: Science 339, S. 1152-1153.
- BINDER, M. (2014): Should Evolutionary Economists Embrace Libertarian Paternalism?, in: Journal of Evolutionary Economics 24, 515-539.
- BINMORE, K. (2009): Rational Decisions, Princeton.
- BLANKART, CH.B. (2002). Wie soll über menschliche Organe entschieden werden?, in: I. Barenz/M. Pickhardt (Hrsg.): Die Rolle des Staates in der Ökonomie. Festschrift für Otto Roloff, Marburg.
- BRENNAN, G./BUCHANAN, J.M. (1985): The Reason of Rules: Constitutional Political Economy, Cambridge.
- BUCHANAN, J.M. (1975): The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan, Chicago.
- BUCHANAN, J.M. (1987): The Constitution of Economic Policy, in: American Economic Review 77, S. 243-250.
- CAMERER, C.F./LOEWENSTEIN, G. (2003): Behavioral Economics: Past, Present and Future, in: C.F. CAMERER/G. LOEWENSTEIN/M. RABIN (Hrsg.): Advances in Behavioral Economics, Princeton, S. 3-51.
- CAMERER, C.F./ISSACHAROFF, S./LOEWENSTEIN, G./O'DONOGHUE, T./RABIN, M. (2003): Regulation for Conservatives: Behavioral Economics and the Case for Asymmetric Paternalism, in: Pennsylvania Law Review 151, S. 1211-1254.
- DEMSETZ, H. (1969): Information and Efficiency: Another Viewpoint, in: Journal of Law and Economics 12, S. 1-22.
- DWORKIN, G. (2010): Paternalism, in: E.N. Zalta (Hrsg.): The Stanford Encyclopedia of Philosophy, <http://plato.stanford.edu/entries/paternalism/>
- FELD, L.P./KÖHLER, E.A. (2011): Ist die Ordnungsökonomik zukunftsfähig?, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 12, S. 173-195.
- GIGERENZER, G. (2008): Rationality for Mortals: How People Cope With Uncertainty, New York.
- GLAESER, E.L. (2006): Paternalism and Psychology, in: University of Chicago Law Review 73, S. 133-156.
- GRÜNE-YANOFF, T (2012): Old Wine in New Casks: Libertarian Paternalism Still Violates Liberal Principles, in: Social Choice and Welfare 38, S. 635-645.
- HERRNSTEIN, R.J./LOEWENSTEIN, G./PRELEC, D./VAUGHAN JR., W. (1993): Utility Maximization and Melioration: Internalities in Individual Choice, in: Journal of Behavioral Decision Making 6, S. 149-185.
- HEUKELOM, F. (2014): Behavioral Economics: A History, Cambridge.
- KAHNEMAN, D. (2011): Thinking, Fast and Slow, New York.
- KAHNEMAN, D./TVERSKY, A. (1979): Prospect Theory: An Analysis of Decision Under Risk, in: Econometrica 47, S. 263-291.
- KAHNEMAN, D./TVERSKY, A. (Hrsg.) (2000): Choices, Values and Frames, Cambridge.
- KIRCHGÄSSNER, G. (1988): Wirtschaftspolitik und Politiksystem: Zur Kritik der traditionellen Ordnungstheorie aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, in: D. Cassel/B.-T. Ramb/H.-J. Thieme (Hrsg.): Ordnungspolitik. Festschrift für Artur Woll, München, S. 53-75.
- KIRCHGÄSSNER, G. (2008): Homo Oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 3., erg. und erw. Aufl., Tübingen.
- KIRCHGÄSSNER, G. (2013): Sanfter Paternalismus, meritorische Güter und der normative Individualismus, in: M. Held/G. Kubon-Gilke/R. Sturz (Hrsg.): Grenzen der Konsumentensouveränität, Marburg, S. 41-62.
- LAIBSON, D. (1997): Golden Eggs and Hyperbolic Discounting, in: Quarterly Journal of Economics 112, S. 443-477.

- LEISTNER, M. (2011): Das Prinzip der Selbstverantwortung – verhaltensökonomische Grundlagen, in: K. Riesenhuber (Hrsg.): Das Prinzip der Selbstverantwortung. Grundlagen und Bedeutung im heutigen Privatrecht, Tübingen, S. 101-118.
- MCKENZIE, R.B./TULLOCK, G. (2012): The New World of Economics, 6th edition, New York.
- O'DONOGHUE, T./RABIN, M. (2006): Optimal Sin Taxes, in: Journal of Public Economics 90, S. 1825-1849.
- QIZILBASH, M. (2012): Informed Desire and the Ambitions of Libertarian Paternalism, in: Social Choice and Welfare 38, S. 647-658.
- REBONATO, R. (2012): Taking Liberties. A Critical Examination of Libertarian Paternalism, Basingstoke.
- SCHNELLENBACH, J. (2011): Wohlwollendes Anschubsen: Liberaler Paternalismus und seine Nebenwirkungen, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 12, S. 445-459.
- SCHNELLENBACH, J. (2012): Nudges and Norms: On the Political Economy of Soft Paternalism, in: European Journal of Political Economy 28, S. 266-277.
- SCHUBERT, C./CORDES, C. (2013): Role Models That Make You Unhappy: Light Paternalism, Social Learning and Welfare, in: Journal of Institutional Economics 9, S. 131-159.
- SLOVIC, P. (2000): The Perception of Risk, London.
- SUGDEN, R. (2004): The Opportunity Criterion: Consumer Sovereignty Without the Assumption of Coherent Preferences, in: American Economic Review 94, S. 1014-1033.
- SUGDEN, R. (2008): Why Incoherent Preferences Do Not Justify Paternalism, in: Constitutional Political Economy 19, S. 226-248.
- SUNSTEIN, C.R. (2013): The Storrs Lectures: Behavioral Economics and Paternalism, in: Yale Law Journal 122, S. 1826-1899.
- SUNSTEIN, C.R. (2013a): Simpler. The Future of Government, New York.
- THALER, R.H./BENARTZI, S. (2004): Save More Tomorrow: Using Behavioral Economics to Increase Employee Saving, in: Journal of Political Economy 112, S. S164-S187.
- THALER, R.H./SUNSTEIN, C.R. (2003): Libertarian Paternalism, in: American Economic Review (P&P) 93, S. 175-179.
- THALER, R.H./SUNSTEIN, C.R. (2008): Nudge. Improving Decisions about Health, Wealth and Happiness, New Haven.
- TULLOCK, G. (1967): The Welfare Costs of Tariffs, Monopolies and Theft, in: Western Economic Journal 5, S. 224-232.
- TVERSKY, A./KAHNEMAN, D. (1974): Judgment Under Uncertainty: Heuristics and Biases, in: Science 185, S. 1124-1131.
- TVERSKY, A./KAHNEMAN, D. (1981): The Framing of Decisions and the Psychology of Choice, in: Science 211, S. 453-458.
- VANBERG, V.J. (1997): Die normativen Grundlagen von Ordnungspolitik, in: ORDO 48, S. 707-726.
- VANBERG, V.J. (2003): Konsumentensouveränität und Bürgersouveränität: Steuerungsideale für Markt und Politik, in: R. Czada/Zintl, R. (Hrsg.): Politik und Macht. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 34, Wiesbaden, S. 48-65.
- VANBERG, V.J. (2005): Market and State. The Perspective of Constitutional Political Economy, in: Journal of Institutional Economics 1, S. 23-49.
- VANBERG, V.J. (2008): Rationality, Rule-Following and Emotions: On the Economics of Moral Preferences, in: F. Forte (Hrsg.): Money, Markets and Morals, München, S. 35-59.
- VANBERG, V.J./BUCHANAN, J.M. (1989): Interests and Theories in Constitutional Choice, in: Journal of Theoretical Politics 1, S. 49-62.
- WILKINSON, T.M. (2013): Nudging and Manipulation, in: Political Studies 61, S. 341-355.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

2014

- 14/08 **Schnellenbach, Jan:** Neuer Paternalismus und individuelle Rationalität: eine ordnungsökonomische Perspektive
- 14/07 **Schnellenbach, Jan:** Does Classical Liberalism Imply an Evolutionary Approach to Policy-Making?
- 14/06 **Feld, Lars P.:** James Buchanan's Theory of Federalism: From Fiscal Equity to the Ideal Political Order
- 14/05 **Reckendrees, A.:** Weimar Germany: the First Open Access Order that Failed?
- 14/04 **Vanberg, Viktor J.:** Liberalismus und Demokratie: Zu einer vernachlässigten Seite der liberalen Denktradition
- 14/03 **Schnellenbach, Jan / Schubert, Christian:** Behavioral Public Choice: A Survey
- 14/02 **Kolev, Stefan / Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Walter Eucken's Role in the Early History of the Mont Pèlerin Society
- 14/01 **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungspolitik, the Freiburg School and the Reason of Rules

2013

- 13/13 **Necker, Sarah / Voskort, Andrea:** The Evolution of Germans' Values since Reunification
- 13/12 **Biedenkopf, Kurt:** Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft
- 13/11 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Scheuering, Uwe / Schreiber, Ulrich / Voget, Johannes:** Effects of territorial and worldwide corporation tax systems on outbound M&As
- 13/10 **Feld, Lars P. / Kallweit, Manuel / Kohlmeier, Anabell:** Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut: Makroökonomische Folgen und Verteilungseffekte
- 13/9 **Feld, Lars P.:** Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr
- 13/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland After All an Interest Rate Island?
- 13/7 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Frey, Bruno S.:** Happiness of Economists
- 13/6 **Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Political Institutions and Income (Re-)Distribution: Evidence from Developed Economies

- 13/5 **Feld, Lars P. / Osterloh, Steffen:** Is a Fiscal Capacity Really Necessary to Complete EMU?
- 13/4 **Vanberg, Viktor J.:** James M. Buchanan's Contractarianism and Modern Liberalism
- 13/3 **Vanberg, Viktor J.:** Föderaler Wettbewerb, Bürgersouveränität und die zwei Rollen des Staates
- 13/2 **Bjørnskov, Christian / Dreher, Axel / Fischer, Justina A.V. / Schnellenbach, Jan / Gehring, Kai:** Inequality and happiness: When perceived social mobility and economic reality do not match
- 13/1 **Mayer, Thomas:** Die Ökonomen im Elfenbeinturm: ratlos - Eine österreichische Antwort auf die Krise der modernen Makroökonomik und Finanztheorie

2012

- 12/5 **Schnellenbach, Jan:** The Economics of Taxing Net Wealth: A Survey of the Issues
- 12/4 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom
- 12/3 **Goldschmidt, Nils:** Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels
- 12/2 **Feld, Lars P.:** Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion
- 12/1 **Vanberg, Viktor J.:** Hayek in Freiburg

2011

- 11/4 **Leuermann, Andrea / Necker, Sarah:** Intergenerational Transmission of Risk Attitudes - A Revealed Preference Approach
- 11/3 **Wohlgemuth, Michael:** The Boundaries of the State
- 11/2 **Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Zur Zukunft der Ordnungsökonomik
- 11/1 **Vanberg, Viktor J.:** Moral und Wirtschaftsordnung: Zu den ethischen Grundlagen einer freien Gesellschaft

2010

- 10/5 **Bernholz, Peter:** Politics, Financial Crisis, Central Bank Constitution and Monetary Policy
- 10/4 **Tietmeyer, Hans:** Soziale Marktwirtschaft in Deutschland - Entwicklungen und Erfahrungen

- 10/3 **Vanberg, Viktor J.:** Freiheit und Verantwortung: Neurowissenschaftliche Erkenntnisse und ordnungsökonomische Folgerungen
- 10/2 **Vanberg, Viktor J.:** Competition among Governments: The State's Two Roles in a Globalized World
- 10/1 **Berghahn, Volker:** Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'

2009

- 09/10 **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9 **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8 **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7 **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6 **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5 **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3 **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2 **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1 **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?

2008

- 08/10 **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9 **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8 **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.
- 08/7 **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.
- 08/6 **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5 **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik

- 08/4 **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3 **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2 **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as ‘Austrian Economists’
- 08/1 **Vanberg, Viktor J.:** The ‘Science-as-Market’ Analogy: A Constitutional Economics Perspective.

2007

- 07/9 **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8 **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.
- 07/7 **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6 **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5 **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.
- 07/4 **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault’s Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3 **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2 **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1 **Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.

2006

- 06/10 **Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.

- 06/8 Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang, K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2 Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.

2005

- 05/13 Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie.

Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.

- 05/11 Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturn, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.
- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.

Eine Aufstellung über weitere Diskussionspapiere ist auf der Homepage des Walter Eucken Instituts erhältlich.